

Protokoll

über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am Donnerstag, 12. September 2024 im Großen Sitzungssaal, Marie-Wagenknecht-Str. 3, Hildesheim

Anwesend: Landrat Bernd Lynack sowie

Mitglieder der SPD-Fraktion

Arlt, Andreas
Bellgardt, Heike
Bommersbach, Ludwig
Dreier, Johannes
Ehrig, Marc
Friedemann, Waltraud
Gabel, Friedhelm
Hauk, Martin
Fink, Marek
Hodur, Karl-Heinz
Kubat, Pascal
Preissner, Werner
Schellhammer, Dietmar
Schmidt, Siegfried
Siekiera, Iris
Sundermeyer, Tobias
Witt, Evelyn

Mitglieder der CDU-Fraktion

Bertram, Ute
Bettels, Dirk
Ceglarek, André
Flegel, Bernhard
Gerhardy, Clemens
Grabow, Thomas
Herbst, Ramon
Hopmann, Laura
Koschorrek, Andreas
Lüder, Justus
Machtens, Heinrich
Mikulski, Annette
Prior, Friedhelm
Renner-Köhne, Katy
Spengler, Katharina
Teltemann, Josef

Mitglieder Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Domning, Ekkehard
Kersten-Wilk, Oliver
Kolan, Stefan
Ludäscher, Caroline
Ruddigkeit, Gabriele
Schröter-Mallohn, Holger
Dr. Schütte, Holger
Dr. Weber, Susanne

AfD-Fraktion

Esse, Manfred
Grugelke, Claus
Meyer, Hans Martin

Fraktion Die Unabhängigen

Offen, Klaus
Stuke, Josef

FDP-Fraktion

Dr. Fell, Bernd
Dr. Jacobs, Henrik
Ebert, Claas

Fraktion Vernunft und Gerechtigkeit.

Sturm, Joachim
Vornkahl, Martin

Die PARTEI

Hirbod, Hamun

Einzelabgeordnete

Bosse-Arbogast, Michael
Walla, Fabian

GUT für Sarstedt

Warneke, Dirk

Fraktionsgeschäftsführung

SPD-Fraktion – Markus Kroner
CDU-Fraktion - Christin Becker
AfD-Fraktion - Norbert Hüter
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schäfer
Die Unabhängigen - Anja Wucherpfennig
FDP-Fraktion - Melanie Partyka
Fraktion Vernunft und Gerechtigkeit – Rita Krüger

Verwaltung:

Evelin Wißmann - Erste Kreisrätin
Walter Hansen - Kreisrat
Christina Grella - Vertretung Leitung Dezernat 1
Steffen Schwenke – Vertretung Leitung Dezernat 4
Rainer Gollnick – Amt 102

Ulrich Voß - Leitung Amt 910
Lena Kubat – Pressestelle
Kerstin Reuter - 904, Protokollführung
Tanja Zimmermann - 904, Protokollführung
Nadine Friede - 904, Protokollführung

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 22:40 Uhr

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls vom 20.06.2024 - öffentlicher Teil
3. Einwohnerfragestunde
4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages
5. Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
6. Anregungen und Beschwerden gem. § 34 NKomVG
7. Aktuelle Stunde
- 7.1. Aktuelle Stunde - Prekäre Haushaltssituation des LK Hi. - keine Lösung in Sicht
- Antrag 608/XIX
8. Flüchtlingssituation im Landkreis Hildesheim
9. Sachleistungen für Anspruchsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.2023
- Antrag 404/XIX
10. Feststellung Sitzverluste und nachrückende Ersatzpersonen
- 10.1. Feststellung des Sitzverlustes der Kreistagsabgeordneten Andrea Prell
- Vorlage 710/XIX
- 10.2. Feststellung des Sitzverlustes des Kreistagsabgeordneten Christian Lege
- Vorlage 709/XIX
- 10.3. Verpflichtung von nachrückenden Ersatzpersonen; hier: Marek Fink
- Vorlage 711/XIX
- 10.4. Verpflichtung von nachrückenden Ersatzpersonen; hier: Claas Ebert
- Vorlage 712/XIX
11. Neuwahl der allgemeinen Vertreterin oder des allgemeinen Vertreters des Landrates
- Verzicht auf öffentliche Ausschreibung
- Vorlage 717/XIX
- 11.1. Wahl von Frau Evelin Wißmann zur Ersten Kreisrätin des Landkreises Hildesheim
- Vorlage 718/XIX
12. Umbesetzung der Ausschüsse des Kreistages
- Vorlage 713/XIX
13. Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag, Kreisausschuss, die Kreistagsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften des LK Hildesheim - XIX.
Wahlperiode
Antrag der CDU-Fraktion vom 27.05.2024
- Antrag 570/XIX
14. Organisatorische Umstrukturierung der Kreisverwaltung
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.07.2023
- Antrag 360/XIX
15. Dringend notwendige Ausweitung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung
- Antrag von Unabhängigen, FDP und KTA Bosse-Arbogast vom 23.08.2024
- Antrag 609/XIX
- 15.1. Dringend notwendige Ausweitung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung
- Antrag der Unabhängigen, der FDP und des KTA Bosse-Arbogast vom 11.09.2024
- Antrag 622/XIX
16. Kosten für die Kinderbetreuung
- Antrag der CDU vom 03.07.2024
- Antrag 591/XIX

- 16.1. Finanzierung der Kosten der Kinderbetreuung ab 2025
Antrag der Fraktionen Die Unabhängigen und FDP vom 04.07.2024
- Antrag 592/XIX
- 16.2. Kosten für die Kinderbetreuung
Antrag CDU-Fraktion v. 05.09.2024
- Antrag 617/XIX
- 17. Umsetzung der Pflichtaufgabe „Verfahrenslotse“ nach § 10 b SGB VIII
- Vorlage 667/XIX
- 17.1. Umsetzung der Pflichtaufgabe „Verfahrenslotse“ nach § 10 b SGB VIII
- Vorlage 667/XIX - 1
- 18. Inklusionspreis
- Vorlage 699/XIX
- 19. Sachstand zur bevorstehenden Änderung der Straßenverkehrsordnung (StVO)
- Vorlage 708/XIX
- 20. Tempo 30
- 20.1. Tempo 30 vor Kindergärten in Hotteln und Groß Dungen
- Antrag der CDU vom 03.07.2024
- Antrag 590/XIX
- 20.1.1. Tempo 30 vor Kindergärten in Hotteln und Groß Dungen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 24.07.2024
- Antrag 596/XIX
- 20.2. Tempo 30 km/h vor den Kitas in Hotteln und Groß Dungen
Antrag der Fraktionen Die Unabhängigen und FDP vom 15.07.2024
- Antrag 594/XIX
- 20.3. Tempo 30 in Groß Dungen und Hotteln
- Antrag der Gruppe vom 08.08.2024
- Antrag 600/XIX
- 20.4. Tempo 30 in Groß Dungen und Hotteln
- Antrag der Gruppe vom 29.08.2024
- Antrag 612/XIX
- 20.5. Streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h auf Straßen vor Einrichtungen nach § 45 Abs. 9 Satz 4 Nr. 6 StVO (in der zuletzt vom Bundesrat zugestimmten Fassung)
- Antrag der CDU vom 26.07.2024
- Antrag 598/XIX
- 20.5.1. Änderungsantrag zum TOP "streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung - Antrag 598 der CDU-Fraktion"
Antrag der Gruppe XIX.WP und der CDU-Fraktion vom 29.08.2024
- Antrag 613/XIX
- 21. Anordnung einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Bereich des Friedhofs Neuhof/Lamspringe
- Antrag der CDU vom 06.08.2024
- Antrag 599/XIX
- 21.1. Anordnung einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Bereich des Friedhofs Neuhof/Lamspringe
- Antrag der CDU vom 04.09.2024
- Antrag 615/XIX
- 21.1.1. Anordnung einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Bereich des Friedhofs Neuhof/Lamspringe
Antrag der CDU-Fraktion vom 09.09.2024
- Antrag 621/XIX

- 21.1.2. Anordnung einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Bereich des Friedhofs Neuhoof/Lamspringe
 - zu den Anträgen der CDU-Fraktion Nr. 599 vom 06.08.2024/ Nr. 615 vom 29.08.2024 (vorgelegt am 04.09.2024)
 - Vorlage 732/XIX
- 22. Lagebericht Rettungsdienst und Notfallversorgung für den Landkreis Hildesheim
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 08.07.2024
 - Antrag 593/XIX
- 22.1. Rettungsdienst und Eintreffzeit
 - Antrag CDU-Fraktion, Gruppe, KTA Walla und KTA Konstantopoulos v. 05.09.2024
 - Antrag 620/XIX
- 23. Rettungsdienst und Eintreffzeit
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 15.07.2024
 - Antrag 595/XIX
- 23.1. Rettungsdienst und Eintreffzeit
 - Antrag der Gruppe vom 19.08.2024
 - Antrag 606/XIX
- 24. Straßensperrungen und Rettungsdienst
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 08.08.2024
 - Antrag 602/XIX
- 24.1. Straßensperrungen und Rettungsdienst
 - Antrag CDU-Fraktion v. 05.09.2024
 - Antrag 618/XIX
- 25. Vereinbarung mit der Stadt Hildesheim über die gemeinsame juristische Beratung für die rettungsdienstliche Vergabe
 - Vorlage 715/XIX
- 26. Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim
 - Vorlage 725/XIX
- 26.1. Änderung der Satzung Schülerbeförderung
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 12.09.2024
 - Antrag 624/XIX
- 27. Einsatz des Deutschlandtickets, Schülerbeförderungssatzung
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 03.05.2024
 - Antrag 554/XIX
- 28. Richtlinien zur Förderung des Naturschutzes im Landkreis Hildesheim
 - Vorlage 668/XIX
- 29. Teilprogramm Windenergienutzung
 - Antrag der CDU vom 19.06.2024
 - Antrag 587/XIX
- 30. Entzug von Phosphat aus Klärschlamm und Karbonisierung
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 17.04.2024
 - Antrag 547/XIX
- 30.1. Karbonisierung von Klärschlamm
 - Aufhebung des KT-Beschlusses vom 15.07.2021
 - Vorlage 632/XIX
- 31. Neue Stromtrassen im Landkreis Hildesheim
 - Antrag der FDP vom 15.08.2024
 - Antrag 605/XIX
- 31.1. Neue Stromtrassen im Landkreis Hildesheim
 - Antrag FDP-Fraktion v. 05.09.2024
 - Antrag 619/XIX
- 32. Neufassung der Richtlinie zur Sportförderung im Landkreis Hildesheim
 - Vorlage 693/XIX

33. Unterrichtung über Eilentscheidungen bei über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2024
- Vorlage 703/XIX
34. Annahme, Einwerbung und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- Vorlage 700/XIX
35. Mitteilungen der Verwaltung
36. Anfragen

Ergebnis der Sitzung:

TOP 1:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

stellvertr. Vors. Koschorrek stellt fest, dass KTA Konstantopoulos schriftlich erklärt hat, sich wieder der Mehrheitsgruppe anzuschließen. Daraus ergeben sich keine Veränderungen für Ausschüsse oder andere Mehrheitsverhältnisse. Es wurde ordnungsgemäß geladen und der KT ist somit beschlussfähig.

TOP 10 wird nach TOP 3b verschoben.

KTA Schmidt stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und führt dazu aus, dass Tagesordnungspunkte des KT im Hauptausschuss vorberaten werden müssen. Es gibt TOPs die vorher nicht im Hauptausschuss beraten worden sind, somit nach seiner Rechtsauffassung hier nicht beratungsfähig.

Herr Voß erklärt dazu, dass das grundsätzlich richtig sei, dennoch darf im KT darüber beraten werden. Sie dürfen nur nicht beschlossen werden, weil eine ordnungsgemäße Vorbereitung im Kreisausschuss nicht stattgefunden hat.

stellvertr. Vors. Koschorrek teilt mit, dass KTA Schmidt den Antrag zur Geschäftsordnung zurückzieht.

KTA Schröter-Mallohn möchte TOP 20 und 23.4 von der TO streichen. Im Rahmen der Geschäftsordnung sollen TOP 15 und 15.1 vorgezogen werden nach TOP 7 und direkt nach der Aktuellen Stunde beraten werden.

stellvertr. Vors. Koschorrek fasst zusammen, der gesamte Themenkomplex TOP 10 wird auf TOP 3b verschoben. Themenkomplex TOP 15 und TOP 15.1 werden auf TOP 8 verschoben. TOP 20.3 und 20.4 sowie 27 sollen gestrichen werden.

TOP 2:

Genehmigung des Protokolls vom 20.06.2024 - öffentlicher Teil

- vertagt -

TOP 3:

Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen.

TOP 4:

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages

LR Lynack informiert, über den Wechsel unseres Sozialdezernenten Benjamin Knollmann zur Landeshauptstadt Hannover. Frau Christina Grella wurde zur Kreisverwaltungsrätin ernannt und übernimmt die Leitung der Kämmerei.

- Gilt als behandelt -

TOP 5:

Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

LR Lynack informiert über die Verlängerung des Betreuungsvertrages in der Flüchtlingsunterkunft in Ummeln. Darüber hinaus gab es bei der Projektförderung für die Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft ebenfalls eine Vertragsverlängerung. Es wurden einige Entscheidungen über die Annahme von Spenden getroffen sowie diverse Vergabe von Aufträgen beschlossen.

- Gilt als behandelt -

TOP 6:

Anregungen und Beschwerden gem. § 34 NKomVG

Es liegen keine Anregungen und Beschwerden vor.

TOP 7:

Aktuelle Stunde

KTA Stuke berichtet, dass im Finanzausschuss über eine erhebliche Verschlechterung der Kreisfinanzen informiert wurde. Nach dem Haushaltsplan 2024 und der mittelfristigen Planung bis 2027 wurde in dem Haushaltsplan von Defiziten in Höhe von insgesamt 129,6 Millionen €

ausgegangen. Bereits diese Entwicklung sei alarmierend. Nunmehr wurde für 2024 von Herrn Rosemann ein zusätzliches Defizit in Höhe von rund 18 Millionen € angekündigt.

Schließlich wurde der Hebesatz für die Kreisumlage erhöht und der Spielraum für höhere Kitamittel des Landkreises wird immer geringer.

Es sind insbesondere Ausgaben im Sozialhaushalt betroffen, d.h. bis 2027 hochgerechnet eine weitere Erhöhung des Defizits um rund 72 Millionen €.

Für die Kitafinanzierung hat LR Lynack den Kommunen für die Jahre 2025 – 2027 zusätzliche Mittel in Höhe von rund 27,3 Millionen € angeboten. Damit würden die Defizite bis Ende 2027 bei rund 230 Millionen € liegen. Mittelfristig ist zudem von höheren Belastungen des Ergebnishaushaltes durch den erheblichen Kreditbedarf für die Finanzierung von Bauinvestitionen auszugehen.

Für die Jahre 2025 – 2027 ist in der mittelfristigen Planung eine Verschuldung von rund 156 Millionen € berechnet worden, daraus können schnell 400 Millionen € werden, insbesondere durch Projekte der Berufsbildenden Schulen und der Finanzierung des Sarstedter Gymnasiums.

Ein weiteres Beispiel für den Kreishaushalt ist die Entwicklung des Stellenplans. Im Jahr 2019 standen noch 1008 Stellen zur Verfügung jetzt sind es 1158 eine Steigerung um 150 Stellen. Damit sind nicht nur höhere Personalausgaben verbunden, sondern auch zusätzliche Anmietung von Büroräumen.

Zumal gefordert wurde, dass zusätzliche Stellen gestrichen werden sollten.

Die Fraktion Die Unabhängige hat die Erwartung, dass nicht nur die Verwaltung sämtliche Haushaltspositionen auf den Prüfstand stellt, sondern auch der Kreistag, insbesondere die Mehrheitsgruppe.

KTA Dr. Jacobs betont ebenfalls, dass das Haushaltsdefizit nicht mehr bei 30 Millionen Euro liegt, sondern mittlerweile schon bei 50 Millionen Euro. KTA Dr. Jacobs befürwortet eine Gemeinschaftsaufgabe für den ganzen Kreistag und für die Verwaltung, dass die großvolumigen Vorhaben in der Zukunft alle miteinander finanzierbar sind und ins Gesamtkonzept passen.

KTA Bosse-Arbogast verweist ebenfalls auf die schlechte Finanzlage. KTA Bosse-Arbogast ergänzt, dass es keine Möglichkeit gibt auf der Einnahmesituation etwas zu verändern, deshalb sollte der Kreistag größere Mehrheiten bilden als bisher und gemeinsam Prioritäten festsetzen.

KTA Vornkahl bemängelt, dass die Mehrheit die steigende Verschuldung zwar gesehen, jedoch trotz Warnungen den Ernst der Lage nicht wahrnehmen wollte. Die Wirtschafts-, Energie-, Asyl und die Migrationspolitik der letzten Jahre wird nun hinterfragt, was dringend notwendig ist. Doch in erster Linie werden Ziele benötigt, dann im zweiten Schritt werden konkrete Entscheidungen getroffen.

KTA Vornkahl hat Zweifel, da es keine offiziellen, keine einheitlichen Prozesse und kein einheitliches Antragsformular für Anträge mit finanzieller Mehrbelastung gibt. Er erwartet, dass mit einem Antrag auch folgende Antworten proaktiv, schriftlich und mit einer Frist eingereicht werden. Welche Höhe für was? Für welchen Zeitraum und warum? Welche theoretischen Alternativen können in Betracht gezogen werden? Die Alternativen sind in Pro und Kontra Darstellung zu veranschaulichen. Können einzelne Positionen priorisiert werden bzw. vorgezogen werden? Bestehen finanzielle Rücklagen? Lassen sich unnötige Positionen ganz oder teilweise veräußern? Ist der Antrag mit einem dauerhaften Konzept plausibel? Wie sieht das Worst Case bzw. Best Case Szenario aus? All dies sollte mit nachweisbaren Zahlen stichhaltig begründet sein. Letztendlich zwingt uns die finanzielle Notlage und der Druck von höherer Instanz, hier strukturierte Standards ein- und umzusetzen. Ein durchdachter Prozess sorgt dafür, dass die Entscheidungen transparenter und nachvollziehbarer für alle Beteiligten werden. Er wünscht sich, dass in jedem Ausschuss ein Mitarbeiter der Verwaltung bei Bedarf einen detaillierten Einblick zu finanztechnischen Fragen geben kann.

KTA Vornkahl regt an, dass die Digitalisierung hierbei für alle Seiten von Vorteil wäre. Oberstes Ziel sollte vollumfängliche Transparenz gegenüber dem Finanzausschuss und Ehrlichkeit gegenüber dem Steuerzahler sein. Die Fraktion Vernunft und Gerechtigkeit spricht sich für mehr Investitionen und die Abschaffung der Schuldenbremse aus.

KTA Schröter-Mallohn hinterfragt, inwieweit diese aktuelle Stunde zur Klärung des Sachverhaltes beiträgt, da zum jetzigen Zeitpunkt keine verifizierbaren Zahlen der Kämmerei vorliegen. Die Frage ist wie groß das Defizit nun tatsächlich ist, welche Haushaltsstellen davon genau betroffen sind und wie es zu den Mehrausgaben gekommen ist. Um diesen Sachverhalt klären zu können, hat die Mehrheitsgruppe einen umfangreichen Fragenkatalog entwickelt. Lediglich Prioritäten zu setzen und Leistungen wegfällen zu lassen bzw. Leistungen zu kürzen, bis durch dies Kompensationen wieder ein ausgeglichener Haushalt dargestellt wird, geht an der finanzpolitischen Realität vorbei.

Sicher sei nur, dass keiner der 37 Landkreise in Niedersachsen schuldenfrei ist. Es sollte geklärt werden, in welchen Bereichen es signifikante Ausgabensteigerungen gegeben hat und ob es Möglichkeiten gibt dort gegenzusteuern. Ein Aussetzen der freiwilligen Leistungen wird nicht dazu führen, dass der Landkreis schuldenfrei werden wird.

KTA Schröter-Mallohn ist der Ansicht, dass die Gruppe Haushaltskonsolidierung die weiteren Prüfungen und Verbesserungsvorschläge erarbeiten sollte. Die Prüfung des Kreishaushaltes durch das Innenministerium weist darauf hin, dass Einsparungen vorgenommen werden sollten. Es sollte deutlich nachgesteuert werden, da notwendige Ausgabensteigerungen erwartet werden.

KTA Koschorrek berichtet positiv sei, dass der Landrat die Ausgaben bei 90% der Haushaltsansätze erst mal prinzipiell gedeckelt hat. Es wäre seiner Meinung nach wichtig zu wissen, an welcher Stelle konkret Einsparungen erzielt werden können. Das Thema dieser aktuellen Stunde ist Haushaltskonsolidierung, dazu bedarf es allerdings einer gewissen Transparenz, um wirkliche Einsparvorschläge machen zu können. Ein weiterer Punkt sind die freiwilligen Leistungen, die in jedem Produktplan mit auftauchen. Das wäre die Grundlage für jede Haushaltskonsolidierung. Die Antwort der Verwaltung sei gewesen, dass das nicht darstellbar sei. Dies ist jedoch dringend notwendig, um eine solide Grundlage zu haben und zu schauen, welcher Anteil der Produkte Pflicht und welcher freiwillig ist.

KTA Koschorrek fordert, eine konsequente Haushaltskonsolidierung mit einem Maximum an Transparenz. Es wird eine Produktbeschreibung in unserem Haushalt benötigt. Ebenfalls wird eine klare Budgetierung im Produkt Hilfe zur Erziehung benötigt. Ein Haushaltsicherungsbericht ist auch notwendig, dazu sei der Landkreis verpflichtet. All diese Dinge hat die CDU mehrfach gefordert, diese wurden von der Mehrheitsgruppe jedoch abgelehnt. Im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung wurden fraktionsübergreifend viele gute Ideen gesammelt, die leider im Nachgang torpediert wurden. Wünschenswert wäre, wenn es hier mehr Verbindlichkeit geben würde.

KTA Meyer teilt mit, dass es in dem Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung einen Konsens gegeben hat. Letztes Jahr war man sich über viele Punkte einig. Die externe Begutachtung der Hilfen zur Erziehung ist daraus entstanden, doch viele Punkte sind leider übergangen worden.

KTA Meyer sieht die Schulprojekte in Gefahr und teilt mit, dass die Verwaltungsstruktur überdacht werden sollte. Eventuell sollte man sich professionelle, externe Unterstützung holen. Seit Jahren werden schlanke und moderne Arbeitsprozesse gefordert. Eine weitere Frage ist, welchen Anteil freiwilliger Leistungen beinhaltet, die tatsächlichen Leistungen auch innerhalb der gesetzlichen Aufgaben. Das birgt ein enormes Einsparpotenzial. Dieser Weg sollte aus Sicht der AfD-Fraktion gegangen werden, um die Verwaltung zukunftsfähig zu gestalten und langfristig damit zur Sicherung des Haushaltes beizutragen. Die Prognosen für die Folgejahre sehen nicht gut aus und daher sollte dringend etwas passieren.

KTA Ehrig schätzt die finanzielle Lage des Landkreises als besorgniserregend ein. Auf der Einnahmeseite werden teilweise erhebliche Rückgänge bei Zuweisungen und bei den Steuereinnahmen verzeichnet. Auch die wirtschaftliche Unsicherheit bundesweit gibt Anlass zur Sorge. Bei der Ausgabenseite sind steigende Kosten gerade im sozialen Bereich zu verzeichnen. Es wurde bereits angekündigt weiterhin zu investieren, um unsere Infrastruktur, unsere Schulen und unsere Straßen zu forcieren. Ein Aufschieben kommt also nicht in Frage.

Deshalb widerspricht KTA Ehrig an dieser Stelle KTA Schröter-Mallohn, dass der Landkreis ein Einnahme- und ein Ausgabenproblem aufzuweisen hat.

Es wird definitiv ein Nachtragshaushalt benötigt. Dafür wird eine strikte Haushaltsdisziplin vorausgesetzt. Die Zahlen geben jedoch wenig Spielraum, da könnte mehr Digitalisierung und mehr künstliche Intelligenz im alltäglichen Verwaltungsablauf eine Unterstützung bieten und spürbare Synergieeffekte generiert werden. Es werden Hilfsprogramme und Sonderzuweisungen benötigt, um den Haushalt zu entlasten.

Einsparungen sind laut KTA Ehrig unvermeidbar, jedoch dürfen dabei die soziale Gerechtigkeit, die Bildungsprojekte und die soziale Integrationsmaßnahmen nicht auf der Strecke bleiben. Ein sozial gerechter Haushalt ist nicht nur Selbstzweck, sondern es ist die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit des Landkreises. Es sollte gemeinsam Verantwortung übernommen werden, es sollte ein verantwortungsvoller Kurs gesetzt werden, der Weitsicht erfordert. Die letzten zwei Jahre dieser Legislaturperiode sollten für mehr Loyalität und Weitsicht genutzt werden, anstatt mit Streit und Schuldzuweisungen verschwendet werden.

KTA Domning merkt an, dass der gewünschte Sparkurs nicht einzuhalten sei. Die Verpflichtung sei jetzt einen Kreishaushalt aufzustellen, der den Landkreis nach vorne bringen sollte. Dafür wird eine Mehrheit benötigt. Es wurde für mehr Personal in der Verwaltung gesorgt, da einiges an Knowhow inzwischen weggefallen ist. Zudem ergibt sich ein Ausgabenproblem da es Haushaltsreste gibt, die mit den Mitteln an Personal nicht in Aufträge umgesetzt werden können. Ein weiteres Problem ist der demografische Wandel, es gibt mehr ältere Menschen, die ganz andere Bedürfnisse haben, als jüngere Menschen. Es sollte deswegen nicht sein, dass für die Älteren die Bedürfnisse der Jüngeren aufs Spiel gesetzt werden. Letztendlich ist das Problem, dass die Aufgaben die von außen auf den Landkreis zukommen, nicht abgearbeitet werden können.

KTA Teltemann berichtet, dass der Landkreis den Auftrag hat, den jährlich zur Verfügung stehenden Betrag der Bauunterhaltung ab dem Jahr 1996 zu reduzieren. Der Landkreis hat in den Jahren der reduzierten Mittel immer wieder versucht, die notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen nach Dringlichkeit vor Ort durchzuführen. Ergänzt wurden die Unterhaltungsmaßnahmen auch durch die investierten Sanierungsmaßnahmen, die ebenfalls einen positiven Einfluss auf die Gebäudesubstanz haben. In den letzten 30 Jahren hat der Landkreis seine Abschreibungen bezüglich der öffentlichen Gebäude aufgebraucht. In Zukunft muss erheblich in öffentliche Gebäude, insbesondere Schulen investiert werden. Es ist fraglich, ob im konsumtiven Bereich überhaupt noch alles finanziert werden kann, was im Haushalt 2024 gelistet wurde. KTA Teltemann appelliert, dass der Haushalt so gestrickt werden müsste, das in Zukunft so nicht weiter gewirtschaftet wird.

KTA Dr. Fell betont ebenfalls noch einmal die prekäre Finanzsituation und dass diese ein sofortiges Handeln erfordert. Er ist dem Landrat und dem Finanzausschussvorsitzenden sehr dankbar, was bereits angestoßen wurde. KTA Dr. Fell ist der Überzeugung, dass man mehrheitlich zu guten Konzepten kommen wird, um konsequent an den richtigen Stellen bewusst Einsparungen vornehmen zu können. Somit sollte der Haushalt dann wieder in die entsprechenden Bahnen zurückgeführt werden können.

KTA Preissner erklärt, dass man hier nicht lediglich aus 2,5% maximal freiwilligen Leistungen dieses große Defizit aufarbeiten kann. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass weniger ein Ausgaben- als ein Einnahmeproblem besteht. Zudem sollte es eine klare und belastende, belastbare Faktenlage geben. Zahlen, Daten und Fakten werden benötigt, um die Situation beurteilen zu können und dann auch die entsprechenden Entscheidungen zu treffen. Zumal der Landrat mit seiner Weisung an die Dezernats- und Amtsleitung, unverzüglich Maßnahmen eingeleitet hat. Es wurde also schon reagiert.

KTA Bettels teilt mit, dass die CDU bereits viele Vorschläge zu diesem brisanten Thema gemacht hat, diese wurden jedoch alle negiert. Er erinnert an das zurzeit nicht besetzte Dezernat Soziales, die Konkurrentenklage, die unbesetzte Leitung des Rechnungsprüfungsamtes usw. Er ist der Ansicht, dass deshalb so einiges schief läuft. Die Verwaltung sollte endlich Zahlen und Fakten liefern, damit

der Kreishaushalt wieder neu bzw. besser aufgestellt werden kann. KTA Bettels würde es gut finden, wenn LR Lynack mehr Zeit in der Verwaltung verbringen würde, anstatt mit Öffentlichkeitsarbeit, sodass seine Verwaltung die geforderten Zahlen und Fakten endlich liefert, damit die geforderten Dinge von der Politik ausgeführt werden können.

KTA Sturm erläutert, dass es sich in dieser Diskussion gezeigt hat, dass das Hauptproblem die nicht transparente Haushaltslage ist. Ein weiteres Problem ist der demografische Wandel. Darüber sollte man ganz dringend nachdenken, da er unweigerlich auf alle zukommen wird und es Pflichtaufgaben gibt, die abzuarbeiten sind. Es sollte eine Art Entwicklungsplan geben, in dem steht, was für Aufgaben auf alle zu kommen und was genau zu erledigen ist. Dann kann geschaut werden, an welcher Stelle was umgesetzt werden kann, was umgesetzt werden muss und wann es ein Ergebnis gibt.

KTA Hirbod widerspricht KTA Bettels, dass die Öffentlichkeitsarbeit im Social Media Bereich nicht viel mit der Wirksamkeit einer Verwaltung zu tun hat, sondern dass das Beiwerk ist. Die Verwaltung hat des Öfteren darüber informiert, in wie vielen Fällen die Qualität der jeweiligen Leistung aus der Verwaltung zu einer Kostensenkung beitragen kann.

KTA Hirbod findet es bedenklich, dass so getan wird als ob die Verwaltung an dieser Situation allein die Schuld trägt. Man sollte nicht vergessen, dass die Politik über Jahre hinweg alles mitgetragen hat. Es sollte nicht nur um Schuldzuweisungen gehen, aber es muss natürlich geschaut werden wie die Problematik entstanden ist, um eine Lösung erarbeiten zu können.

KTA Hirbod warnt jedoch davor irgendwelche Kürzungen im Sozialstaat zu suchen oder vorzunehmen oder die Ausgaben für die Immobilien mit den konsumtiven Ausgaben zu vergleichen.

KTA Prior teilt mit, dass er den bislang hier genannten Appellen zustimmen kann. Er ist der Meinung, dass an dieser Stelle Zahlen und Fakten benötigt werden, zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen und daraus entstehenden Entscheidungen. Die CDU hat Anfragen an die Verwaltung gestellt, in denen nachgefragt wurde welche Ausgaben der Landkreis hat und wie die sich entwickelt haben. Auch nach den drei Aufgaben: den Pflichtaufgaben, den eigenen Aufgaben sowie den Pflichtaufgaben im eigenen Wirkungskreis. Die CDU hat nachgefragt, wie hoch die Ausgaben für freiwillige Leistungen in den einzelnen Gemeinden, der Samtgemeinde und den Städten waren. Daraufhin wurde auf Nachfrage mitgeteilt wie hoch Haushaltsausgabereise waren.

KTA Prior bemängelt, dass die CDU dafür angegriffen wird, wenn sie nach genauen Daten fragt. Er ist der Ansicht, dass wenn Geld ausgegeben wird auch eine Produktbeschreibung notwendig sei, dazu ist der Landkreis verpflichtet. KTA Prior denkt, dass die Mehrheitsgruppe an der Situation die Schuld trägt, sie sei dafür verantwortlich, dass die Abgeordneten Zahlen, Daten und Fakten erhalten. Es sollte klar sein wieviel Geld wofür ausgegeben wird. Doch der Landkreis macht z. B. Planungen für berufsbildende Schulen ohne irgendein Grundstück zu haben.

KTA Dr. Schütte stimmt ebenfalls zu, dass viel Geld im Haushalt fehlt und dass der Ergebnishaushalt ein Minus aufbaut, welches noch größer zu werden droht als die Planung für 2024 besagt hat. Das ist nicht zufriedenstellend und völlig unstrittig, wie sich die Zahlen entwickeln. Da wird sicherlich noch einmal genauer hingeschaut und geprüft werden müssen.

Irgendwann wird dann auch die Mitteilung kommen, wohin diese Reise nun letztendlich geht. Es müssen alle zusammen zusammenarbeiten, um dieses Defizit zu reduzieren.

Im Ergebnishaushalt gibt es einen großen Block von Pflichtaufgaben, da wird man relativ wenig dran ändern können. Lediglich könnte ein bisschen an der Qualität eingespart werden. Bei den Ausgaben muss man mehrere Punkte im Blick behalten, zum einen die Investitionen, dort wurde in der Vergangenheit viel zu viel gespart. Es wurde zu wenig investiert. Zum anderen muss auch noch mehr in die gesamte Infrastruktur investiert werden, z.B. in Straßen.

KTA Dr. Schütte bemängelt, dass es ein ganz wichtiger Punkt ist, wenn die Landes- bzw. Bundesregierung dem Landkreis irgendwelche Aufgaben auferlegt natürlich auch die entsprechenden Gelder zur Verfügung stellen muss. Nichtsdestotrotz muss der Landkreis gewisse soziale Aufgaben

erfüllen. Es muss sich um die Bildung, Umwelt und Klima gekümmert werden, damit die Gesellschaft zusammengehalten wird. KTA Dr. Schütte appelliert, dass sich alle zusammenraufen sollten und geschaut werden muss, wo Ersparnisse möglich sein könnten.

Vors. KTA Ehrig regt an, ob man die Aktuelle Stunde zukünftig verkürzen sollte auf 5 Minuten für den Sprecher der jeweiligen Fraktion und 2,5 Minuten für die jeweils anderen KTA's. Hierzu soll gemeinsam mit der Kreisverwaltung ein Vorschlag unterbreitet werden, wie man die Aktuelle Stunde sinngemäß im Zeitrahmen halten könnte, damit das jeweilige Thema auch seine Aufmerksamkeit bekommt.

LR Lynack fasst abschließend zusammen, dass die Haushaltslage dramatisch ist. Die Situation bereitet dem LR und auch der Verwaltung große Sorgen. Aber auch ist festzuhalten, dass der Landkreis nicht allein dasteht, von den 400 Kommunen sind lediglich 10 noch schuldenfrei. Kein einziger der 37 Landkreise schreibt noch schwarze Zahlen.

Auch anzumerken ist, dass die Leistungen nach dem SGB VII bundesweit um 17,6 Milliarden € gegenüber dem Vorjahr angestiegen sind. Nahezu alle leiden unter den klammen Kassen und den gestiegenen Ausgaben und stehen vor großen Herausforderungen, um in Zukunft ihre notwendigen Investitionen auch tätigen zu können. Zusätzlich werden dem Landkreis immer mehr neue Aufgaben von Bund und Land auferlegt, ohne die dafür notwendigen Mittel, insbesondere auch für das dafür benötigte Personal zur Verfügung zu stellen. Das ist in der niedersächsischen Verfassung verankert und nennt sich Konnexitätsprinzip. Die Finanzdebatte ereignet sich nicht für parteipolitisches Gezänk, sondern es zählt der Gedanke der Einheitsbehörde, man sollte hier gemeinsam gegenüber Bund und Land entschieden auftreten. Es kann nicht sein, dass der Landkreis versucht immer mehr Aufgaben aus eigener Kraft zu erledigen.

Der LR hat umgehend einige Sofortmaßnahmen ergriffen: Sämtliche Ausgabepositionen sind darauf zu untersuchen, ob sie auch hinsichtlich der Höhe dringend notwendig zur Erfüllung von Pflichtaufgaben sind. Andernfalls sind sie zu unterlassen. Freiwillige Leistungen sind nur dann zur Auszahlung zu gelangen, wenn hierfür bereits Zusagen gegeben oder die Existenz bestehender Einrichtungen dadurch gesichert wird. Politische Beschlüsse allein sollen eine kritische Überprüfung dazu nicht ausschließen. Zusätzlich ist nach Möglichkeit auf eine Erhöhung oder Generierung neuer Einnahmen hinzuwirken. Auch die Ausgabemittel im Budget 50 und 60 sind bis auf wenige Ausnahmen wie Schülerbeförderung mit höchstens 90% des Ansatzes von 2024 in Anspruch zu nehmen. Um zu einem genehmigungsfähigen Nachtragshaushalt und letztendlich auch zu einem genehmigungsfähigen Haushalt der Folgejahre kommen zu können, muss das Defizit so gering wie möglich gehalten werden.

Der Vergleich mit der Kreisumlage hinkt. Die Höhe der Kreisumlage sagt nichts darüber aus, welche Leistungen die Kommune für die Bürgerinnen und Bürger erbringen muss. Es gibt Kreise, die haben eine geringere Kreisumlage. Dafür sind die Kommunen dann auch Träger des öffentlichen Schulwesens oder sie machen die Kitabetreuung eigenständig.

Die Pflichtaufgaben, die der Landkreis zu erledigen hat, bieten kein Einsparpotenzial. Zudem stehen explodierende Kosten im Bereich der Sozialhilfe und bei Bauprojekten an. Auf diese Entwicklung hat der Landkreis keinen Einfluss.

Der LR sieht es mehr als überfällig an, dass Bund und Land dazu aufgefordert werden, eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen endlich zu gewährleisten.

Auch hat der Landkreis bislang für das Land freiwillig bei den Aufgaben der Veterinärbehörden, im Bereich der Lebensmittelekontrolle, unterstützt. Der LR hat deshalb die Kolleginnen und Kollegen der Veterinärbehörde per Dienstanweisung angewiesen, dass diese Maßnahmen nicht mehr zu erbringen sind, bis der Landkreis ein Kostenausgleich in annähernder Höhe für die Auslage bekommt.

LR Lynack erklärt, dass aber nicht am Personal gespart werden darf. Die Mitarbeitenden sollten nicht weniger werden, da sonst immer mehr Arbeit auf immer weniger Mitarbeitende verteilt wird. Auch

werden die Aufgaben immer komplexer. Solche Einsparungen beim Personal würden lediglich zu Überlastungen und nicht zur Attraktivität des Landkreises führen.

Zusammenfassend sollte ein Ausweg gefunden werden, der nicht zu einseitigen Belastungen führt. Man sollte sich fragen, was verändert werden muss. Welche neuen Modelle kann es für große Investitionen geben? Wie kann man Arbeit und auch Arbeitswelten neu organisieren, um Ressourcen zu schaffen?

LR Lynack ist der Meinung, dass alle konstruktiv, kooperativ und partnerschaftlich zusammenarbeiten müssen, um diese Krise zu bewältigen und gemeinsam die berechtigten Interessen gegenüber Bund und Land vertreten zu können.

TOP 7.1:

Aktuelle Stunde - Prekäre Haushaltssituation des LK Hi. - keine Lösung in Sicht

- Antrag 608/XIX

- Gilt als behandelt –

TOP 7.2:

Dringend notwendige Ausweitung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

- Antrag von Unabhängigen, FDP und KTA Bosse-Arbogast vom 23.08.2024

- Antrag 609/XIX

- erledigt -

TOP 7.3:

Dringend notwendige Ausweitung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

- Antrag der Unabhängigen, der FDP und des KTA Bosse-Arbogast vom 11.09.2024

- Antrag 622/XIX

KTA Stuke stimmt dem LR uneingeschränkt zu, außer zu dem Punkt mit den Hebesätzen. Er habe lediglich die sehr hohen Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern genannt und verwiesen. KTA Stuke appelliert noch einmal an die Funktion des Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung. Diesem Arbeitskreis sollte mehr Gewicht eingeräumt werden. Ein weiteres wichtiges Zeichen für die bevorstehenden Gespräche mit dem Innenministerium, sollten eine klare und deutliche Auseinandersetzung und eindeutige Verbesserungsvorschläge sein.

Der Antrag beinhaltet drei Sätze:

Der Kreistag hält es aufgrund der prekären Haushaltssituation für erforderlich, konsequent in allen Bereichen auf eine Reduzierung der zu erwartenden sehr hohen Defizite und der bereits erheblich über dem Landesdurchschnitt liegenden Verschuldung hinzuwirken. Lediglich hinzuwirken nicht umzusetzen.

Dann wurde die Absichtserklärung aufgenommen, die sich jetzt abzeichnet über den Nachtragshaushalt und über den Haushaltsplan 2025. Dort werden erst die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Und zum Schluss, der Kreistag erwartet, dass die Verwaltung Vorschläge zur Einsparung in erheblichem Umfang und ohne Denkverbote vorlegt. KTA Stuke vertritt die Ansicht, dass dem Antrag so zugestimmt werden kann.

KTA Schröter-Mallohn erwidert daraufhin, dass der erste Satz schon fast eine Unterstellung sei. Das sollte seiner Ansicht nach selbstverständlich sein. Der zweite Satz ist eigentlich überflüssig, da zunächst erstmal erörtert werden muss, wie die konkrete Situation aussieht. Der letzte Punkt beinhaltet, dass die Verwaltung aufgefordert wird, entsprechende Vorschläge zu erarbeiten. Das sollte laut KTA Schröter-Mallohn eine hoheitliche Aufgabe des Kreistages sein. Dem Kreistag wird ein Haushalt vorgelegt und dieser wird dann vom Kreistag beurteilt und auch geschaut, ob möglicherweise Einsparungen vorzunehmen oder möglicherweise Verschiebungen in den Haushaltsstellen erforderlich sind. Es wäre seiner Meinung nach falsch, dass an die Verwaltung zu delegieren.

Er stimmt KTA Stuke jedoch zu, dass in dem Bereich der Haushaltskonsolidierung mehr intensiviert werden sollte.

Frau Grella ist positiv gestimmt und das die letzten Debatten gezeigt haben, dass die Haushaltssituation im Blick behalten wird und auch hoffentlich verbessert werden kann. Aufgrund des Finanzberichts der momentan dreimal im Jahr gefertigt wird, wurde eine erhebliche Verschlechterung des Haushaltsdefizites festgestellt. Daraufhin hat der LR mit einem Schreiben vom 16.08.2024 an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, mit strengen Maßgaben reagiert. Die Verwaltung wurde aufgefordert, die ganzen Positionen (Ausgaben und Einnahmen) zu überprüfen. Dadurch konnte sich eine leichte Verbesserung ergeben. Aber dennoch ist am Ende des Jahres voraussichtlich ein Haushaltsdefizit von ca. 50 Millionen Euro zu verzeichnen. Somit wurde letztendlich die Entscheidung getroffen, ein Nachtragshaushalt aufzustellen. Weiterhin wurden die Dezernatsleitungen gebeten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrem Dezernat zu sensibilisieren, dass die im Rahmen der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung alle Optionen ausgeschöpft werden, um das Defizit für 2024 zu verringern.

Der Plan für den Nachtrag sieht dann vor, dass die Kämmerei bis zum 16.09.2024 Rückmeldungen erhält. Diese werden anschließend von der Kämmerei verifiziert, sodass am 20.09.2024 das Volumen für den Nachtrag feststeht und danach eine Stellungnahme der Kommunen angefordert wird. Am 28.11.2024 soll dann der Beschluss über den Nachtragshaushalt gefasst werden.

Zusammengefasst wurden hier schon sehr große Anstrengungen unternommen, um das Defizit in den Griff zu bekommen und zu minimieren.

Zusätzlich informiert Frau Grella, dass am 01.10.2024 ein Termin beim Innenministerium ansteht, zum Thema Haushaltskonsolidierung und auch zum Thema Nachtragshaushalt und die Gesamtsituation der geplanten Investitionen. Die schwarze 0 sei allerdings laut Einschätzung von Frau Grella utopisch.

KTA Dr. Jacobs merkt an, dass die FDP und Unabhängige schon seit drei Jahren dafür plädieren, dass man die Zahlen im Blick behalten sollte. Es sollte jetzt geschaut werden können, welche Aspekte in der Haushaltsrunde besprochen und behandelt werden. Das Gesetz besagt, dass der Haushalt ausgeglichen sein muss. Es ist gut, dass das Land Niedersachsen bereits aktuell schon in Gesprächen mit der Kreisverwaltung steht, um den Nachtragshaushalt zu organisieren. Letztendlich ist es eine Gemeinschaftsaufgabe zwischen der Verwaltung und dem Kreistag, denn beide Organe der Kreispolitik sollten hier ein Stück weit Hand in Hand arbeiten, damit die Situation gut gelöst werden kann.

KTA Bosse-Arbogast widerspricht KTA Schröter-Mallohn. Er betont noch einmal, dass mit diesem Antrag lediglich der Kreistag die Aufgabe hat, Änderungsvorschläge zu unterbreiten, Einsparungsvorschläge zu machen und möglicherweise abzuschließen. Aufgrund der prekären Haushaltssituation hält der Kreistag es für erforderlich, konsequent in allen Bereichen auf eine Reduzierung der sehr hohen Defizite hinzuwirken. Es müssen jetzt Lösungen für die brisante Situation gesucht werden, um dann geeignete Maßnahmen treffen zu können.

LR Lynack erläutert daraufhin, dass er als Chef der Verwaltung ein großes Problem mit diesem Antrag hat, insbesondere mit dem dritten Satz. Die Politik hat sämtliche freiwilligen Leistungen beschlossen,

dann soll die Politik auch bitte sagen, was sie nicht mehr haben will oder sagen was sie noch für freiwillige Leistungen haben möchten. Jetzt die Verwaltung losschicken zu wollen, mit der Aufforderung, freiwillige Leistungen zusammenzustreichen oder generell Einsparungen im Bereich Soziales, Kultur oder Schülerbeförderung vorzunehmen, sei seiner Ansicht nach unredlich. Es sind sich alle einig, dass alles getan werden soll, um aus dieser prekären Finanzlage herauszukommen. Zu sagen ist abschließend noch, dass die Verwaltung in Vorleistung getreten. Es wurden nicht nur bei der Vorlage des Entwurfes für 2024, die Budgets abgeschliffen. Jetzt wurden sie ein weiteres Mal abgeschliffen. Der LR appelliert an die Politik, Vorschläge zu den freiwilligen Leistungen zu unterbreiten.

KTA Prior teilt mit, dass der Landkreis mehr Transparenz benötigt. Es bleibt der Entwurf des Nachtragshaushaltes abzuwarten und dort kann jeder in Kürze seine Vorschläge bzw. Änderungsvorschläge einbringen.

Vors. KTA Ehrig, teilt mit, dass KTA Bosse-Arbogast eine getrennte Abstimmung über die verschiedenen Punkte wünscht.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag hält es aufgrund der prekären Haushaltssituation für erforderlich, konsequent in allen Bereichen auf eine Reduzierung der zu erwartenden sehr hohen Defizite und der bereits erheblich über dem Landesdurchschnitt liegenden Verschuldung hinzuwirken.

Der Kreistag beabsichtigt, die dazu notwendigen Beschlüsse im Rahmen der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes 2024 und des Haushaltsplans 2025 zu fassen.

Der Kreistag erwartet, dass die Verwaltung Vorschläge zur Einsparung in erheblichem Umfang und ohne Denkverbote vorlegt.

- mehrheitlich abgelehnt -

Sitzungspause bis 19:50 Uhr.

TOP 8:

Flüchtlingssituation im Landkreis Hildesheim

LR Lynack berichtet, dass es zurzeit insgesamt 835 freie Plätze und 547 weitere Plätze in Großunterkünften gibt. Aufgrund der geringen Zuweisungszahlen kommt es derzeit zu Abmietungen von verschiedenen Objekten. Das Relexa Hotel wurde bereits abgemietet. Weitere Verträge mit den Hotels in Ahrbergen, Freden, Sarstedt und Bockenem wurde ebenfalls gekündigt. Der genehmigte Kauf von zwei Containeranlagen mit rund 120 Plätzen konnte noch nicht abgewickelt werden, da der Verkäufer des Grundstücks von seinem Angebot zurückgetreten ist. Ein anderes Grundstück ist aber in Aussicht.

TOP 9:

Sachleistungen für Anspruchsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.2023

- Antrag 404/XIX

KTA Teltemann, fragt nach dem Sachstand, ob überhaupt das Prinzip Sachleistungen für Asylberechtigte oder Anspruchsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz umsetzbar ist. Welche Probleme sind möglicherweise damit verbunden und gibt es möglicherweise Einsparungspotential.

LR Lynack antwortet daraufhin, dass hierzu ein Rundschreiben vom 06.09.2024 vom Innenministerium an die Landkreise, die Region Hannover und die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände vorliegt.

-siehe Anlage zum Protokoll-

- Gilt als behandelt -

TOP 10 (NEU TOP 3.1):
Feststellung Sitzverluste und nachrückende Ersatzpersonen

TOP 10.1 (NEU TOP 3.1):
Feststellung des Sitzverlustes der Kreistagsabgeordneten Andrea Prell
- Vorlage 710/XIX

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Hildesheim stellt fest, dass Frau Andrea Prell ihr Kreistagsmandat gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG durch schriftliche Verzichtserklärung verloren hat.

- einstimmig beschlossen –

TOP 10.2 (NEU TOP 3.1):
Feststellung des Sitzverlustes des Kreistagsabgeordneten Christian Lege
- Vorlage 709/XIX

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Hildesheim stellt fest, dass Herr Christian Lege sein Kreistagsmandat gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG durch schriftliche Verzichtserklärung verloren hat.

- einstimmig beschlossen -

TOP 10.3 (NEU TOP 3.1):

Verpflichtung von nachrückenden Ersatzpersonen; hier: Claas Ebert
- Vorlage 712/XIX

LR Lynack verpflichtet Herrn Claas Ebert nachträglich während der aktuellen Stunde.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 10.4 (NEU TOP 3.1):

Verpflichtung von nachrückenden Ersatzpersonen; hier: Marek Fink
- Vorlage 711/XIX

LR Lynack verpflichtet Marek Fink.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 11:

Neuwahl der allgemeinen Vertreterin oder des allgemeinen Vertreters des Landrates
- Verzicht auf öffentliche Ausschreibung
- Vorlage 717/XIX

KTA Schmidt beantragt geheime Abstimmung.

Vors. KTA Ehrig weist darauf hin, dass laut § 16 der Geschäftsordnung grundsätzlich offen abgestimmt werde. Auf Antrag eines Kreistagsmitglieds werde geheim abgestimmt, wenn mindestens ein Drittel der anwesenden Kreistagsmitglieder den Antrag unterstütze.

KTA Ehrig lässt über den Antrag des KTA Schmidt auf geheime Abstimmung über den TOP 11 abstimmen.

Der Antrag wird abgelehnt, die notwendige Zustimmung von mindestens einem Drittel der anwesenden Kreistagsmitglieder wird nicht erreicht.

Beschluss:

Gem. § 109 Abs. 1 S. 4 Nr. 1 NKomVG, wird davon abgesehen, die ab 01.02.2025 zu besetzende Stelle der allgemeinen Vertreterin oder des allgemeinen Vertreters des Landrates öffentlich auszuscheiden.

- mehrheitlich beschlossen –

TOP 11.1:

Wahl von Frau Evelin Wißmann zur Ersten Kreisrätin des Landkreises Hildesheim - Vorlage 718/XIX

LR Lynack würdigt Frau Wißmann als ausgewiesene Verwaltungsexpertin und glänzende Juristin, die das Haus in der Vergangenheit „durch stürmische Zeiten gesegelt habe“. Er schätze ihren Charakter, ihre menschliche Größe und ihre Loyalität und sei froh, dass Frau Wißmann für eine zweite Amtszeit zur Verfügung stehe.

KTA Preißner erklärt, dass sich die SPD-Fraktion mit dem Thema intensiv auseinandergesetzt habe, Frau Wißmann bei der Wahl zur Ersten Kreisrätin inhaltlich unterstütze und ihr die Zustimmung erteilen werde.

KTA Sturm betont, dass auch die Fraktion Vernunft und Gerechtigkeit die Wiederwahl von Frau Wißmann unterstütze, da sie in der Vergangenheit bewiesen habe, dass sie das Amt vollumfänglich ausfüllen könne.

KTA Prior bemerkt, dass die CDU-Fraktion ihr Parteimitglied Frau Wißmann unterstützen werde.

KTA Dr. Fell erklärt, dass die FDP Frau Wißmann bei der Wahl ebenfalls unterstützen werde.

KTA Stuke betont, dass alle auf eine starke Verwaltungsführung angewiesen seien, so wie es der Landrat zum Ausdruck gebracht habe. Die Unabhängigen würden in diesem Sinne entscheiden.

KTA Schmidt beantragt eine geheime Wahl.

Vors. KTA Ehrig stellt klar, dass auf Verlangen eines Kreistagsmitgliedes geheim zu wählen sei.

Für die Auszählung der Stimmen benennt Vors. KTA Ehrig Frau Ruddigkeit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Frau Mikulski (CDU-Fraktion) und Herrn Offen (Unabhängige) sowie die Protokollführung.

Es erfolgt die geheime Wahlhandlung.

Vors. KTA Ehrig verkündet das Wahlergebnis der 53 anwesenden Abgeordneten für den Vorschlag Frau Wißmann.

JA: 39

NEIN: 12

ENTHALTUNGEN: 2

Alle abgegebenen Stimmen waren gültig.

Vors. KTA Ehrig gratuliert Frau Wißmann im Namen des Kreistages zur Wahl.

EKR`in Frau Wißmann erklärt, dass sie die Wahl annehmen werde und hofft, dass sie diejenigen, die sie nicht gewählt hätten, noch von sich überzeugen könne. Insbesondere danke sie Landrat Lynack, dass dieser sie für eine erneute Amtszeit vorgeschlagen habe und für seine lobenden Worte. Zudem freue sie sich über die wertschätzenden Worte aus dem Gremium. Sie hoffe, dass Kreistag und Verwaltung gemeinsam an den Problemen, die dem Kreis in vielfältiger Weise begegneten, arbeiteten.

Beschluss:

Frau Evelin Wißmann wird zum 01.02.2025 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zur Ersten Kreisrätin gewählt. Die Wahlzeit beträgt acht Jahre. Gleichzeitig wird Frau Wißmann in eine freie und besetzbare Planstelle der Besoldungsgruppe B 5 BBesG eingewiesen.
Gleichzeitig wird eine Aufwandsentschädigung gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 NKBesVO i.V.m. § 20 Abs. 1 NBesG gewährt.

Das Wahlergebnis der 53 anwesenden Abgeordneten für den Vorschlag Frau Wißmann.

JA: 39

NEIN: 12

ENTHALTUNGEN: 2

-mehrheitlich beschlossen-

TOP 12:

Umbesetzung der Ausschüsse des Kreistages

- Vorlage 713/XIX

Beschluss:

Der Kreistag beschließt das Ausschussverzeichnis in der Form, wie es der Vorlage 713/XIX als Anlage im Kreistagsinformationssystem beigefügt ist.

- einstimmig beschlossen -

TOP 13:

Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag, Kreisausschuss, die Kreistagsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften des LK Hildesheim - XIX. Wahlperiode

Antrag der CDU-Fraktion vom 27.05.2024

- Antrag 570/XIX

KTA Machtens stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor und betont, dass man mehr Transparenz in die Kreistagsbeschlüsse bringen wolle und mehr den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suche. Er bittet um Einzelabstimmung der Unterpunkte.

KTA Preissner legt dar, dass die Gruppe den Antrag ablehnen werde. Er verweist auf das Instrument der Einwohnerfragestunde und bemerkt, dass es bereits jetzt in der Geschäftsordnung die Möglichkeit gebe, die Sitzung zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern zu unterbrechen. Hierzu sei eine angemessene Einzelfallentscheidung sachgerecht.

Beschlussvorschlag:

Die Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss, die Kreistagsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften des Landkreises Hildesheim wird wie folgt geändert:

1. § 10 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„Auf gemeinsamen Antrag von mindestens zwei Fraktionen ist die Sitzung zu unterbrechen, um Kreistagsmitgliedern sowie Bürgerinnen und Bürgern einen Dialog zu ermöglichen. Über den Zeitraum entscheidet der oder die Vorsitzende des Kreistages, sofern der Kreistag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder nichts anderes bestimmt.“

2. § 13 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„Das Rechnungsprüfungsamt, die/der Datenschutzbeauftragte/r sowie die Gleichstellungsbeauftragte haben im Ausschuss für Finanzen, Personal, Digitalisierung und Innere Dienste, im Kreisausschuss und im Kreistag zu den von mindestens zwei Fraktionen gemeinsam beantragten Gegenständen zu berichten und Fragen zu beantworten.“

3. § 19 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird folgender neuer Satz zwei eingefügt:

„Der Entwurf ist den Abgeordneten innerhalb von vier Wochen nach einer Sitzung zuzusenden.“

b) Absatz 1 Satz 4 erhält folgende Fassung:

„Die Aufzeichnungen dürfen von allen Abgeordneten eingesehen und im Übrigen nur zur Anfertigung und Überprüfung der Richtigkeit des Protokolls durch die Unterzeichnenden nach Absatz 3 verwendet werden.“

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 14:

Organisatorische Umstrukturierung der Kreisverwaltung

- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.07.2023

- Antrag 360/XIX

KTA Prior fragt, ob der Punkt im öffentlichen Teil behandelt werden könne.

Laut Herrn Voß müsse eine differenzierte Betrachtung erfolgen. Solange es um allgemeine Maßnahmen hinsichtlich organisatorischer Veränderungen gehe, spreche nichts gegen eine öffentliche Behandlung. Gehe es um persönliche Belange, sei die Öffentlichkeit auszuschließen.

KTA Domning stellt den Antrag, das Thema in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verschieben.

Herr Voß erläutert, dass laut Geschäftsordnung über die Frage der Nichtöffentlichkeit auch nichtöffentlich zu beraten sei.

Die Sitzung wird nach kurzer Diskussion für 5 Minuten unterbrochen.

LR Lynack schlägt vor, das Thema auf der Tagesordnung zu belassen, da diese bereits beschlossen wurde. Zudem sei aufgrund der langen Sitzungsdauer von der CDU die Bitte an ihn herangetragen worden, alle Themen, die heute nicht unbedingt behandelt werden müssten, zu vertagen.

Sollte dazu ein übereinstimmender Beschluss gefasst werden, ergehe vom Kreistagsbüro ein Terminvorschlag für eine Sondersitzung.

In einer 10-minütigen Sitzungsunterbrechung mögen sich die Fraktionsvorsitzenden darüber verständigen, welche Tagesordnungspunkte vertagt werden könnten.

KTA Prior stimmt dieser Vorgehensweise zu.

Um rechtssicher zu bleiben, sei laut LR Lynack zunächst ein Beschluss dahingehend zu fassen, dass die Tagesordnung während der laufenden Sitzung verändert/verschlankt werde.

Der Kreistag ist mit einer veränderten/verschlankten Sitzung einverstanden.

-einstimmig beschlossen-

Vors. KTA Ehrig erklärt, dass folgende Tagesordnungspunkte vertagt würden: 16, 16.1, 16.2, 20, 20.1, 20.1.1, 20.3, 20.4, 20.5, 21, 21.1, 21.1.1, 22, 23, 23.1, 24, 24.1, 27, 29, 30, 30.1, 31 und 31.1.

Auf Nachfrage von KTA Bosse-Arbogast bemerkt der Vors. KTA Ehrig, dass TOP 14 im nichtöffentlichen Teil behandelt werde.

- erledigt -

TOP 15:

Dringend notwendige Ausweitung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

- Antrag von Unabhängigen, FDP und KTA Bosse-Arbogast vom 23.08.2024
- Antrag 609/XIX

- erledigt - (sh. „Aktuelle Stunde“)

TOP 15.1:

Dringend notwendige Ausweitung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

- Antrag der Unabhängigen, der FDP und des KTA Bosse-Arbogast vom 11.09.2024
- Antrag 622/XIX

- mehrheitlich abgelehnt – (sh. „Aktuelle Stunde“)

TOP 16:

Kosten für die Kinderbetreuung
- Antrag der CDU vom 03.07.2024
- Antrag 591/XIX

- vertagt -

TOP 16.1:
Finanzierung der Kosten der Kinderbetreuung ab 2025
Antrag der Fraktionen Die Unabhängigen und FDP vom 04.07.2024
- Antrag 592/XIX

- vertagt -

TOP 16.2:
Kosten für die Kinderbetreuung
Antrag CDU-Fraktion v. 05.09.2024
- Antrag 617/XIX

- vertagt -

TOP 17:
Umsetzung der Pflichtaufgabe „Verfahrenslotse“ nach § 10 b SGB VIII
- Vorlage 667/XIX

- erledigt -

TOP 17.1:
Umsetzung der Pflichtaufgabe „Verfahrenslotse“ nach § 10 b SGB VIII
- Vorlage 667/XIX - 1

Beschluss:

Der Herauslösung von einer 1,0 VZÄ-Stelle aus dem Team Schulassistentenberatung (freiwillige Aufgabe) und Umwandlung zur Aufgabenerfüllung nach § 10 b SGB VIII Abs. 1 „Verfahrenslotse“ (Pflichtaufgabe) Stellennummer 400.983 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen –

TOP 18:
Inklusionspreis
- Vorlage 699/XIX

Beschluss:

Der Richtlinie für den Wettbewerb des Landkreises Hildesheim um den Inklusionspreis der Sparkasse Hildesheim-Goslar-Peine für die Jahre 2024, 2025 und 2026 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 19:

Sachstand zur bevorstehenden Änderung der Straßenverkehrsordnung (StVO)

- Vorlage 708/XIX

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 20:

Tempo 30

TOP 20.1:

Tempo 30 vor Kindergärten in Hotteln und Groß Dungen

- Antrag der CDU vom 03.07.2024

- Antrag 590/XIX

- vertagt -

TOP 20.1.1:

Tempo 30 vor Kindergärten in Hotteln und Groß Dungen

- Antrag der CDU-Fraktion vom 24.07.2024

- Antrag 596/XIX

- vertagt -

TOP 20.2:

Tempo 30 km/h vor den Kitas in Hotteln und Groß Dungen

Antrag der Fraktionen Die Unabhängigen und FDP vom 15.07.2024

- Antrag 594/XIX

KTA Dr. Jacobs führt aus, dass FDP und Unabhängige statt eines Briefes von Minister Lies an Landrat Lynack ein Gutachten des Ministeriums zum Thema Tempo 30 wünschten, in dem ausgeführt sei, warum Tempo 30 vor den Kitas in Hotteln und Groß Dungen nicht angeordnet werden könne.

KTA Prior weist darauf hin, dass der Kreisausschuss einen Beschluss zu Hotteln und Groß Dungen gefasst habe. Dem Beschluss zu Hotteln habe der Landrat im Gegensatz zum Beschluss zu Groß Dungen nicht widersprochen. Er erläutert, warum es aus seiner Sicht rechtlich notwendig sei, das Thema auf die nächste Tagesordnung der Sitzung des Kreisausschusses zu setzen. Man könne die Landesregierung nur zwingen sich zu äußern, wenn der Beschluss erneut gefasst werde.

Nach Ansicht von KTA Stuke hat das Ministerium für beide Fälle eine Äußerung abgegeben. Diese sei jedoch seines Erachtens nicht ausreichend begründet. Es sei ausführlich darzulegen, aus welchen Gründen der Beschluss des Kreisausschusses rechtswidrig sei. Er halte die Angelegenheit in Gänze für eine Posse. Man tue sich mit relativ einfachen Fällen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sehr schwer. Es sollte gemeinsam möglich sein, die Tempo 30 Begrenzungen einzuführen und umzusetzen.

Herr Voß führt aus, dass § 88 NKomVG zwei Varianten vorsehe. Ein Einspruch durch den HVB sei nicht erfolgt, sondern dem Ministerium wurde mittels der zweiten Variante berichtet. Dieser Bericht lasse keinen Raum für eine erneute Entscheidung durch den Kreistag. Das Ministerium habe dem Landrat mitgeteilt, dass der Landkreis richtig gehandelt habe, indem die genannten Beschlüsse vorerst nicht zu vollziehen seien.

KTA Prior weist darauf hin, dass § 88 NKomVG zwischen eigenem und übertragenem Wirkungskreis differenziere. Der Kreisausschuss habe zwei Beschlüsse getroffen. Beim Beschluss zum Thema Hotteln stehe im Protokoll weder etwas von Einspruch, noch von Bedenken. Demzufolge habe das zuständige Organ Kreisausschuss dort Tempo 30 angeordnet. Der Hauptverwaltungsbeamte habe diesen Beschluss nicht beanstandet. Für den Fall Groß Düngen wurde hingegen Einspruch eingelegt.

KTA Frau Siekiera stellt einen Antrag auf Vertagung des Punktes.

-der Antrag wird mehrheitlich beschlossen-

TOP 20.3:

Tempo 30 in Groß Düngen und Hotteln

- Antrag der Gruppe vom 08.08.2024
- Antrag 600/XIX

- vertagt -

TOP 20.4:

Tempo 30 in Groß Düngen und Hotteln

- Antrag der Gruppe vom 29.08.2024
- Antrag 612/XIX

- vertagt -

TOP 20.5:

Streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h auf Straßen vor Einrichtungen nach § 45 Abs. 9 Satz 4 Nr. 6 StVO (in der zuletzt vom Bundesrat zugestimmten Fassung)

- Antrag der CDU vom 26.07.2024
- Antrag 598/XIX

- vertagt -

TOP 20.5.1:

Änderungsantrag zum TOP "streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung - Antrag 598 der CDU-Fraktion"

Antrag der Gruppe XIX.WP und der CDU-Fraktion vom 29.08.2024

- Antrag 613/XIX

- vertagt -

TOP 21:

Anordnung einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Bereich des Friedhofs Neuhof/Lamspringe

- Antrag der CDU vom 06.08.2024

- Antrag 599/XIX

- vertagt -

TOP 21.1:

Anordnung einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Bereich des Friedhofs Neuhof/Lamspringe

- Antrag der CDU vom 04.09.2024

- Antrag 615/XIX

- vertagt -

TOP 21.1.1:

Anordnung einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Bereich des Friedhofs Neuhof/Lamspringe

Antrag der CDU-Fraktion vom 09.09.2024

- Antrag 621/XIX

- vertagt –

TOP 21.1.2:

Anordnung einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Bereich des Friedhofs Neuhof/Lamspringe

- zu den Anträgen der CDU-Fraktion Nr. 599 vom 06.08.2024/ Nr. 615 vom 29.08.2024 (vorgelegt am 04.09.2024)

- Vorlage 732/XIX

- vertagt -

TOP 22:

Lagebericht Rettungsdienst und Notfallversorgung für den Landkreis Hildesheim

Antrag der CDU-Fraktion vom 08.07.2024

- Antrag 593/XIX

- erledigt -

TOP 22.1:

Rettungsdienst und Eintreffzeit

Antrag CDU-Fraktion, Gruppe, KTA Walla und KTA Konstantopoulos v. 05.09.2024

- Antrag 620/XIX

KTA Frau Bertram stellt den gemeinsamen Antrag vor.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ab dem Jahr 2025 einen jährlichen „Lagebericht Rettungsdienst und Notfallversorgung für den Landkreis Hildesheim“ in Form einer Präsentation zu fertigen. Inhalte sollten unter anderem sein:

- Organisationsstruktur
- Kosten und Finanzierung
- Auswertungen von Hilfsfristen/Eintreffzeiten
- Schwachstellen und Problemlagen und dazugehörige Lösungen und Verbesserungsvorschläge
- Ausblick auf erforderliche Ausschreibungen, Vertragsfortschreibungen/Vertragsverlängerungen

Die Verwaltung wird dem Ausschuss für Verkehrssicherheit, Verbraucher- und Bevölkerungsschutz jeweils zum 2. Quartal eines jeden Jahres den Lagebericht präsentieren.

- einstimmig beschlossen -

TOP 23:

Rettungsdienst und Eintreffzeit

Antrag der CDU-Fraktion vom 15.07.2024

- Antrag 595/XIX

- vertagt –

TOP 23.1:

Rettungsdienst und Eintreffzeit

- Antrag der Gruppe vom 19.08.2024

- Antrag 606/XIX

- vertagt –

TOP 24:

Straßensperrungen und Rettungsdienst

- Antrag der CDU-Fraktion vom 08.08.2024

- Antrag 602/XIX

- Überweisung in den Fachausschuss –

TOP 24.1:

Straßensperrungen und Rettungsdienst

Antrag CDU-Fraktion v. 05.09.2024

- Antrag 618/XIX

KTA Bettels stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor.

KTA Schmidt beantragt das Thema gemäß § 10 der Geschäftsordnung zunächst in den Fachausschuss zu überweisen.

-mehrheitlich beschlossen-

TOP 25:

Vereinbarung mit der Stadt Hildesheim über die gemeinsame juristische Beratung für die rettungsdienstliche Vergabe

- Vorlage 715/XIX

KTA Frau Renner-Köhne erklärt, dass ihre Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen kann. Für eine solche Vergabe müsse in zwei so großen Behörden wie Stadt und Landkreis Hildesheim genügend Fachpersonal vorhanden sein, um keine externe juristische Beratung zu benötigen.

Zum vorliegenden Beschlussvorschlag für den von Stadt und Landkreis gemeinsam organisierten Rettungsdienst weist KTA Hauk darauf hin, dass schon bei den früheren Verfahren genauso vorgegangen wurde. Für eine so komplexe Vergabe, sei es gut und richtig sich externe Unterstützung einzukaufen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt mit der Stadt Hildesheim die als Anlage beigefügte Zweckvereinbarung über die hälftige Kostenteilung bei den Beraterkosten abzuschließen.

- mehrheitlich beschlossen -

TOP 26:

Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim

- Vorlage 725/XIX

Zu seinem Antrag erläutert KTA Prior, dass es durch die aktuelle Schülerbeförderungssatzung, in Bezug auf das Deutschlandticket, zu einer Ungleichbehandlung kommt. Berufsschüler*innen und Schüler*innen der Oberstufe die keinen Anspruch auf Schülerbeförderung haben, erhalten, im Gegensatz zu Schüler*innen der Sekundarstufe I die wegen Unterschreitung der Mindestentfernung von zwei Kilometern keine Leistungen der Schülerbeförderung bekommen, einen Zuschuss in Höhe von 19,60 € zum Deutschlandticket.

Diese Ungleichbehandlung solle aus Sicht seiner Fraktion abgestellt oder zumindest abgefangen werden. Eine Gleichbehandlung könnte erreicht werden, wenn die Entfernungsregelung abgeschafft würde. Allerdings müsse dies unbedingt vorab aus monetärer Sicht geprüft werden.

KTA Frau Friedemann verweist auf den ausführlichen Austausch im Fachausschuss und über die Vision eines Mobilitätstickets für die Jugend in unserer Region. Diese Vision wäre jedoch aus finanziellen Gründen nicht zum Tragen gekommen und selbst das Land Niedersachsen hätte von der angedachten Einführung eines Niedersachsenticket für Schüler Abstand genommen. Zum vorliegenden Antrag führt sie aus, dass die beantragte Satzungsänderung zu einer Ausweitung der freiwilligen Leistungen führen würde, welche laut Debatte in der heutigen Aktuellen Stunde eingespart werden sollen. Weiter handelt es sich bei der Schülerbeförderung um eine Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis. Durch die Aufhebung der Entfernungsgrenze, würde die Pflichtaufgabe erweitert, was Mehrausgaben von mehreren Millionen bedeutet.

Anschließend regt KTA Stuke an, den CDU-Antrag in den Fachausschuss zu geben, um von dort mit der Verwaltung die finanziellen Auswirkungen zu klären.

Beschluss:

Die Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim wird in der Fassung ihres Entwurfs vom 15.08.2024 beschlossen.

- mehrheitlich beschlossen -

TOP 26.1:

Änderung der Satzung Schülerbeförderung

Antrag der CDU-Fraktion vom 12.09.2024

- Antrag 624/XIX

Beschlussvorschlag:

„Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gem. Vorlage 725/XIX vom 21.08.2024 wird zugestimmt mit der Maßgabe, dass die dazu vorgelegte Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim (Entwurf) wie folgt geändert wird:

1. „In § 8 Abs. 1 werden nach der Angabe „§ 114 NSchG“ die Wörter „im ÖPNV“ eingefügt und die Wörter „des Sekundarbereiches II“ durch die Wörter „des Primar- sowie des Sekundarbereiches I und II“ ersetzt.
2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen welche Auswirkungen es hätte, wenn die Mindestentfernung von 2 km aus der Schülerbeförderungssatzung gestrichen würde.“

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 27:

Einsatz des Deutschlandtickets, Schülerbeförderungssatzung
- Antrag der CDU-Fraktion vom 03.05.2024
- Antrag 554/XIX

- vertagt -

TOP 28:
Richtlinien zur Förderung des Naturschutzes im Landkreis Hildesheim
- Vorlage 668/XIX

Beschluss:

Dem Erlass der „Richtlinie zur Förderung der biologischen Vielfalt im Landkreis Hildesheim“ (Neue Fassung), wie in der Anlage zu dieser Vorlage aufgeführt, wird zugestimmt.

Damit werden die Richtlinien des Landkreises Hildesheim „Schaffung, Erhaltung, Entwicklung oder Vernetzung von Biotopen und Erhalt bedrohter Tierarten“ vom 15.07.2021, „Förderung Pflege alter Bäume“ vom 18.06.2001, „Förderung Kopfbaumpflege“ vom 01.11.1993 und „Förderung Streuobstbau, Feldhecken und Kleingewässer“ vom 04.06.1991 aufgehoben.

Die Verwaltung berichtet jährlich im zuständigen Fachausschuss über den Umfang der geförderten Projekte.

- mehrheitlich beschlossen -

TOP 29:
Teilprogramm Windenergienutzung
- Antrag der CDU vom 19.06.2024
- Antrag 587/XIX

- vertagt –

TOP 30:
Entzug von Phosphat aus Klärschlamm und Karbonisierung
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.04.2024
- Antrag 547/XIX

- vertagt -

TOP 30.1:

Karbonisierung von Klärschlamm
Aufhebung des KT-Beschlusses vom 15.07.2021
- Vorlage 632/XIX

- vertagt -

TOP 31:
Neue Stromtrassen im Landkreis Hildesheim
- Antrag der FDP vom 15.08.2024
- Antrag 605/XIX

KTA Dr. Jacobs führt aus, dass neben der Stromtrasse SüdLink nunmehr auch die Stromtrassen Ost/WestLink, Nord/WestLink und Süd/WestLink durch den Landkreis führen sollen. Dem Gutachten des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) ist zu entnehmen, dass alle Trassen als Erdkabel geplant wären. Erdkabel würden jedoch die wertvollen Ackerböden im Landkreis belasten. Die Landkreise könnten jedoch anregen bzw. über das Bundesbedarfsplanungsgesetz beantragen, dass anstelle von Erdkabeln im Kreisgebiet Freileitungen errichtet werden.

Hierauf entgegnet KTA Preissner, dass diese Debatte ab 1996 im Kreistag völlig umgekehrt geführt wurde und es als großer Erfolg gewertet wurde, dass der Bund den Vorrang zur Erdverkabelung eingeführt hat. Wir können jetzt die Diskussion wieder von vorne beginnen, da es immer jemanden mit einem anderen Standpunkt gib. Hierdurch lösen wir jedoch nicht die CO²-Problematik und erreichen auch nicht die Klimaschutzziele.

KTA Sturm erinnert an dieser Stelle an die 83-jährige Frau Peters aus Mölme die während der damaligen Diskussionen angefragt hatte, warum wir eigentlich ihren Boden und den ihrer Vorfahren zerstören würden. Er hätte das damals nicht verstanden und habe sich anschließend informiert. Wir hinterlassen unseren Nachfahren, im Zeichen der Energiewende, einen 40 /50 m breiten verbrannten Streifen durch unser Land.

Auch KTA Domning sieht die damalige Entscheidung inzwischen mit gemischten Gefühlen, da man Bodenveränderungen aus der Bronzezeit immer noch sehen könnte. Allerdings hätte der Aufbau von Freileitungen aber Einfluss auf die Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie. Er beantrage daher nebenher, im Fachausschuss noch mal intensiver über die Sache zu reden, ob die Aspekte des Klima- und Umweltschutzes besser berücksichtigt werden können und ob es gelingen kann, dies mit der Schonung von landwirtschaftlichen Flächen in Einklang zu bringen, ohne das die Produktion regenerativer Energien zurückgehen muss.

Für KTA Ebert ist deutlich geworden, dass hier nie Sinn oder ökologische Vorteile geprüft wurden. Der Boden sei wichtig, insbesondere bei extremen Wetterereignissen. Weiterhin mache Erdverkabelung den Strompreis teurer und die Energiewende deutlich aufwendiger.

KTA Bosse-Arbogast stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung: Verweisung in die Ausschüsse: A2 – Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Hochwasserschutz sowie A1 – Ausschuss für Finanzen, Personal, Digitalisierung und innere Dienste.

Der Kreistagsvorsitzende lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen.

- einstimmig angenommen –

KTA Gerhardy führt an, dass es tatsächlich einen Wandel zum Erdkabel gab. Dies bedeute jedoch nicht, dass jedes Kabel in die Erde muss. Erdkabel bedarf es aber in Bereichen mit Wohnbebauung. Er findet es wichtig sich im Ausschuss nochmal fachlich auseinanderzusetzen.

KTA Hauk vermisst, dass hier noch gar nicht über das Schutzgut Mensch gesprochen wurde, sondern nur über Ackerböden. Jeder könnte sich im Lamspringe die Auswirkungen von Freileitungen und sich kreuzenden Freileitungen ansehen.

KTA Dr. Jacobs fragt in Richtung Verwaltung, ob hier bekannt, ob die Antragskonferenz nach § 7 NABEG für die neuen Trassen bereits stattgefunden hätte und weist auf die kurzen Fristen hin. Anschließend wiederholt er die Aussagen seiner einleitenden Rede zu den schützenswerten landwirtschaftlichen Flächen und geht kurz auf das Schutzgut Mensch ein.

EKR Frau Wißmann antwortet KTA Dr. Jacobs, dass es im Moment keine Fristen für Einwendungen laufen. Gleichzeitig dämpft Sie an dieser Stelle auch die Erwartung, dass hiesige Einwendungen etwas an der als Erdkabel geplanten Gleichstromleitung ändern würden. Wenn der Landkreis jetzt lieber Freileitungen hätte, würde dass die ganze Planung erst einmal wieder für Jahre auf Eis legen und das System müsste umgestellt werden.

- Überweisung in den Fachausschuss -

TOP 31.1:

Neue Stromtrassen im Landkreis Hildesheim

Antrag FDP-Fraktion v. 05.09.2024

- Antrag 619/XIX

- Überweisung in den Fachausschuss -

TOP 32:

Neufassung der Richtlinie zur Sportförderung im Landkreis Hildesheim

- Vorlage 693/XIX

Beschluss:

Der Neufassung der Richtlinie über die Sportförderung im Landkreis Hildesheim wird in der beigefügten Fassung (Anlage 1) zugestimmt. Die Richtlinie tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

- einstimmig beschlossen –

TOP 33:

Unterrichtung über Eilentscheidungen bei über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2024

- Vorlage 703/XIX

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 34:

Annahme, Einwerbung und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

- Vorlage 700/XIX

Beschlussvorschlag:

Der Annahme der Spenden in Höhe von insgesamt 6.612,35 Euro für das Jahr 2023 für die IGS Bad Salzdetfurth durch den Förderverein IGS Bad Salzdetfurth e. V. wird zugestimmt.

Der Annahme der Spenden in Höhe von bisher insgesamt 4.745,32 Euro für das Jahr 2024 für die IGS Bad Salzdetfurth durch den Förderverein IGS Bad Salzdetfurth e. V. wird zugestimmt.

Der Annahme der Spenden in Höhe von insgesamt 3.753,34 Euro für das Jahr 2023 für das Gymnasium Himmelsthür durch den Förderverein des Gymnasiums Himmelsthür e. V. wird zugestimmt.

Der Annahme der Spenden in Höhe von bisher insgesamt 2.042,03 Euro für das Jahr 2024 für das Gymnasium Himmelsthür durch den Förderverein des Gymnasiums Himmelsthür e. V. wird zugestimmt.

Der Annahme der Spenden in Höhe von insgesamt 15.938,04 Euro für das Jahr 2023 für das Gymnasium Sarstedt durch das Gemeinschaftswerk des Gymnasiums Sarstedt wird zugestimmt.

Der Annahme der Spenden in Höhe von bisher insgesamt 3.727,64 Euro für das Jahr 2024 für das Gymnasium Sarstedt durch das Gemeinschaftswerk des Gymnasiums Sarstedt wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 35:

Mitteilungen der Verwaltung

LR Lynack teilt mit, dass als neuer Sitzungstermin für die heute vertagten Tagesordnungspunkte, nur der 28.10.2024 in Frage kommt.

Zum Thema Hochwasserschutz im Landkreis teilt EKR Frau Wißmann mit, dass der Niedersächsische Umweltminister Herr Christian Meyer, dem Hochwasserschutzverband Innerste eine jährliche Förderung von jährlich 10,6 Millionen Euro zugesagt hat. Von der Landesförderung für das Jahr 2025 sind allein 7,5 Millionen Euro für das Absperrbauwerk in Bornhausen vorgemerkt. Sobald der Planfeststellungsbeschluss vorliegt, kann in Bornhausen zügig weitergemacht werden.

TOP 36:
Anfragen

Es wurden keine Anfragen gestellt.

Datum: 21.10.2024

gez. Ehrig

Ehrig
Vorsitzender

Lynack
Landrat

Friede
Protokollführung
(TOP 1 bis TOP 9)

Zimmermann
Protokollführung
(TOP 10 bis TOP 24)

Reuter
Protokollführung
(TOP 25 bis TOP 36)